

Erscheinungswelle:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil.
Die Seite 15 Goldpfennige
Sammleranzeigen 8 Goldpfennige
b) im Reklameteil.
Die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag.

Sür Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden.

Gerechtigter für beide Teile ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich, mit Trägerlohn.
Postbezugspreis 40 Goldpfennige
ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigengnahme
8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Liefe-
rung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises.

Sernsprecher Nr. 9.

Verantwortliche Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele.
Druck und Verlag der
A. Oefschlager'schen Buchdruckerei.

Nr. 91

Dienstag, den 21. April 1925.

99. Jahrgang.

Präsidentenwahl u. amerikanische Kredite.

Eine Erklärung Stressemanns.

Berlin, 20. April. Im Haushaltsausschuss des Reichstags gab Reichsaussenminister Dr. Stressemann zu der Frage Präsidentenwahl und amerikanische Kredite folgende Erklärung ab: Ich habe am gestrigen Nachmittag von einem Mitglied des Ausschusses Mitteilung über die hier geführten Verhandlungen erhalten und habe daraufhin Veranlassung genommen, gestern an den Botschafter in Washington zu telegraphieren und ihn zu bitten, sich über diese Frage zu äußern. Es bestand durchaus die Möglichkeit, daß die Antwort bis heute vorgelegen hätte. Unter den heute hier eingegangenen Telegrammen befindet sich eine Antwort des Botschafters nicht. Ich habe aus den letzten Nachrichten erfahren, daß der Botschafter sich unter Umständen nicht in Washington, sondern in New York befindet. Ich kann deshalb eine Antwort nicht vorlegen. Nach den sonst vorliegenden amtlichen Mitteilungen ist von Rückbildungen von Auslandskrediten nicht berichtet worden. Unter den Berichten unserer Missionen, die sich mit der Präsidentenwahl beschäftigen, die nicht auf Grund einer dringenden Aufforderung des Auswärtigen Amtes erfolgt sind — es ist selbstverständlich die Pflicht der Missionen, sich zu Fragen in der Präsidentenwahl von selbst zu äußern — ist nur eine einzige Antwort, die sich auf wirtschaftliche Dinge bezieht die aus Washington kommt und in der sich der Satz befindet, daß infolge der Präsidentenwahl voraussichtlich damit zu rechnen ist, daß über den Verhandlungen der Wirtschaftskredite einige Zeit verfließen wird, weil man den Ausfall der Präsidentenwahl abwartet. Das ist nach meiner Ansicht auch bei der amerikanischen Präsidentenwahl der Fall gewesen, daß vor der Entscheidung eine gewisse Spannung eintritt, in der man abwartet, wie die Dinge sich gestalten werden.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages schloß sich an die Erklärung des Reichsaussenministers eine längere Aussprache. Abg. Meier-Berlin (Dem.) bedauerte im Interesse der Wirtschaft die Debatte und erörterte dann 2 Fälle, in denen bereits Kreditrückbildungen eingetreten seien. Es könne niemand beweisen, daß die freihandelspolitischen Kreise des Auslandes und die auf einem freihandelspolitischen System beruhenden Auslandsstaaten durch die Aufstellung der Kandidatur Hindenburgs beunruhigt sein müßten. Abg. Hergt (D.N.) erklärte, die Gefahren für die deutsche Wirtschaft, die aus derartigen agitatorischen Presseerörterungen entstehen, seien riesengroß. Tatsächlich seien die Gründe für das vor einiger Zeit zu beobachtende Nachlassen in der Kreditbereitschaft in den eigenen wirtschaftlichen Verhältnissen des Auslandes zu suchen. Abg. Dr. Curtius (D.B.) wies darauf hin, daß die Kreditrückbildung Amerikas bereits im Februar und März eingetreten sei. Doch seien in den letzten Tagen wieder Kreditverhandlungen in erheblicher Höhe abgeschlossen worden. Abg. Schlang (Z.) wies darauf hin, daß die Beschimpfungen des Herrn Marx durch die Reichspresse wirklich nichts mehr mit Anstand zu tun hätten. Eine Kandidatur Hindenburgs würde jedenfalls die Kreditgaben Amerikas nicht fördern. Abg. Müller-Franken (Soz.) übte ebenfalls scharfe Kritik an der Aufstellung der Kandidatur Hindenburgs. Reichsaussenminister Dr. Stressemann beantwortete hierauf verschiedene Fragen in vertraulicher Rede. Nach einer Debatte wurde die Aussprache abgeschlossen und der Etat des Reichswirtschaftsrates ohne Aussprache verabschiedet. Der Ausschuss vertagte sich dann am Mittwoch, den 20. April.

Das Antworttelegramm v. Malzans.

Berlin, 21. April. Am vorigen Sonnabend ist im Haushaltsausschuss des Reichstages über die Frage debattiert worden, welche Wirkungen die Kandidatur Hindenburgs im Auslande habe und der Außenminister hatte bei dieser Gelegenheit mitgeteilt, daß er am Tage zuvor den deutschen Botschafter in Washington telegraphisch gebeten hatte sich zu dieser Frage zu äußern die telegraphische Antwort des Botschafters v. Malzans ist, wie der „Lokalanzeiger“ hört, gestern in Berlin eingetroffen. Diese Antwort, deren Wortlaut naturgemäß vertraulich behandelt wird, bringt jedoch, wie von zuständiger Stelle betont wird, keinerlei Modifikation zu den sachlichen Erklärungen, die der Außenminister in dieser Angelegenheit bereits am Sonnabend im Ausschuss abgegeben hat.

Ein Interview Hindenburgs.

London, 20. April. Der Berliner Vertreter des Reutersbüros richtete an Hindenburg eine Reihe von Fragen, worauf Hindenburg erklärte, er sei bereit, den vorgeschriebenen Eid, wonach der Reichspräsident gemäß der Verfassung handeln, die Reichsgesetze schützen, gewissenhaft seine Pflichten erfüllen und jedermann Gerechtigkeit zuteil werden lassen will, zu leisten;

denn sonst hätte er nicht das Recht gehabt, sich als Kandidat aufstellen zu lassen. Die Frage Republik oder Monarchie stehe gegenwärtig in der deutschen Politik nirgends zur Erörterung. Persönliche Wünsche seien daher nutzlos. Die Sicherheitsfrage sei gegenwärtig Gegenstand internationaler Erörterungen. Daher könne er sich nicht persönlich in solche Fragen einmischen, womit sich an erster Stelle die betreffenden Regierungen beschäftigen müßten. Natürlich verfolge er diese wichtige Erörterung mit besonderer Aufmerksamkeit. Er teile mit allen anderen Deutschen ohne Unterschied der Partei die Ansicht, daß die gegenwärtigen Grenzen im Osten zu Gunsten Deutschlands geändert werden müßten; aber um den Frieden nicht zu gefährden, müsse diese Frage durch Verhandlungen geregelt werden. Der Versailler Vertrag sei für uns bindend bis er durch ein neues Abkommen zwischen den Vertragsparteien geändert werde. Die Beachtung der militärischen Vorschriften des Vertrages sei natürlich ein Teil der Erfüllung des Vertrages. Er sagte bereits in seiner Osterbotschaft an das deutsche Volk, daß er dem inneren und äußeren Frieden zu dienen wünsche. Er teile durch- aus die Ansicht, daß Deutschland nur von einer friedlichen Entwicklung im Innern und im Auslande gewinnen könne, und daß es eine Torheit wäre, wenn sich Deutschland in kriegerische Abenteuer einlasse. Während der ganzen Nachkriegszeit sprach er immer gegen kriegerische Abenteuer, weil sie nur unheilvoll enden könnten. Seine Ansicht als militärischer Sachverständiger sei, daß Deutschland nicht imstande sei, sich auch nur gegen einen kleinen Nachbarstaat zu verteidigen, denn auch Staaten wie Polen und die Tschechoslowakei besäßen viel größere Heere als Deutschland und würden durch militärische Bündnisse geschützt, so daß wir in jedem Falle einer Macht gegenüber ständen, deren Rüstung viel stärker sei als die unsrige.

Ministerpräsident Braun über die Präsidentschaftskandidatur.

Jülich, 21. April. Der in der Nähe von Locarno zur Kur weilende preussische Ministerpräsident Braun erklärte gegenüber dem Vertreter des Tessiner Popolo Liberte u. a., daß eine Prognose für die Reichspräsidentenwahl äußerst schwer sei. Ohne Aufstellung der Kandidatur Hindenburgs wäre die Monarchie sicherlich gesichert worden. Ministerpräsident Braun hält trotzdem aber die Wahl Marx für viel wahrscheinlicher. Doch eine eint. Wahl Hindenburgs in Deutschland die Republik in Gefahr bringen könnte hält er für ausgeschlossen.

Französische Pressestimmen über die Präsidentschaftskandidaten.

Paris, 20. April. Die Pariser Blätter stehen der gestrigen Rede Hindenburgs sehr überrascht gegenüber. Den Ausführungen des Marschalls über die Achtung der Reichsverfassung und der Notwendigkeit friedlicher Entwicklung gegenüber verhalten sich die Blätter ziemlich fassungslos. Stärkeres Interesse als die Rede selbst findet das Interview, das der Reuterskorrespondent mit Hindenburg hatte. Ein Teil der Presse macht den unbeholfenen Versuch, den günstigen Eindruck, den die Kandidatur Hindenburgs im Auslande gefunden, zu verwischen. Im allgemeinen jedoch kommt die Presse bei einer Gegenüberstellung der Programme von Marx und Hindenburg zu der Auffassung, daß zwischen beiden kein wesentlicher Unterschied bestehe. — Aus den Kommentaren der Pariser Blätter seien folgende wiedergegeben:

Paris Soir schreibt: Die Ansprache Hindenburgs bedeute eine große Ueberraschung. Man war auf Drohungen und monarchistische Großsprecherien gefaßt. Es steht jedoch fest, daß der Marschall Achtung vor den bestehenden Gesetzen beklundete.

Der Temps schreibt: Verichtigung der Ostgrenzen auf Kosten Polens, Zusammenschluß von Oesterreich und Deutschland zur Begründung der Vormachtstellung in Europa, Neutralisierung des Rheinlandes, das sind die großen Ziele, über die sich Hindenburg, Marx und Stressemann einig sind. Ihre diesbezüglichen Erklärungen geben ein klares Bild von dem deutschen Sicherheitsangebot.

Journal des Debats richtet scharfe Angriffe gegen Marx, der nichts getan habe, um sich von dem Reichskandidaten zu unterscheiden. Die Behauptung, daß die Einigung von 1870 eine kleindeutsche war und die großdeutsche Einigung zu erstreben sei, hätten nicht einmal die Alldeutschen ausgesprochen. Marx mache den Eindruck eines „Ueber-Bismarck“, eines Mannes, der größeren Plänen hulbige als der eiserne Kanzler nach 1870.

Vor der Regierungserklärung Painlevés.

Paris, 20. April. Ministerpräsident Painlevé hat den gestrigen Vormittag mit der Vorbereitung der Regierungserklärung ausgefüllt, deren Wortlaut aber noch nicht endgültig festgelegt ist. Um 5 Uhr nachmittags trat ein Kabinettsrat zur Beratung des Wortlauts zusammen. An den Stabkabinettsrat schloß sich ein Empfang an, zu dem sämtliche Mitglieder der Regierung eingeladen waren. Heute Nachmittag um 6.30 Uhr tritt das Kabinett zum ersten Mal unter dem Vorsitz Doumergues zu einem Ministerrat zusammen, der den Wortlaut der Regierungserklärung endgültig gutheißern wird. Die Erklärung wird in der Abgeordnetenversammlung von Painlevé und im Senat von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Justizminister Steeg verlesen. Den Vorsitz über die Kammerführung wird der Vizepräsident Bouisson führen. Nach allgemeinen Eindrücken zu urteilen, sind

Ueberraschungen ausgeschlossen. Es deutet jedoch alles darauf hin, daß es auf Grund der beiden Interpellationen Cadins über die allgemeine Politik des Kabinetts und Vertraus über die Anwesenheit Caillaux am Regierungstisch zu einer stürmischen Debatte kommen wird, da die Regierung bereits ihre Absicht, die Eröffnung der allgemeinen Debatte zu beantragen, mitgeteilt hat. Die Opposition wird die Gelegenheit zu heftigen Angriffen auf die Regierung benutzen und u. a. Maginot vorschiden. Die Senatsitzung wird ohne Zweifel einen ruhigen Verlauf nehmen. Bisher liegen keine Interpellationen vor. Wahrscheinlich wird der Senat nach Verlesung der Regierungserklärung sich damit begnügen, die Sitzung auf Mittwoch zu vertagen. Die Regierung wird unmittelbar nach Erlangung des Vertrauensvotums die Eröffnung von zwei neuen provisorischen Zweifeln

Tages-Spiegel.

Die Regierungserklärung des Kabinetts Painlevé, das gestern den Wortlaut der Erklärung beraten und einstimmig angenommen hat, soll heute erfolgen.

Der belgische Ministerpräsident Vanderveelde hat gestern dem König mitgeteilt, daß es ihm erst am Freitag möglich sei, endgültigen Bescheid in der Frage der Kabinettsbildung zu geben.

Tschischerin hat dem Generalsekretär des Völkerbunds mitgeteilt, daß Sowjetrußland sich an der Konferenz über den Waffenhandel nicht beteiligen werde.

Nach englischen Nachrichten aus dem Balkan nimmt die Lage in Bulgarien einen sehr ersten Charakter an und dürfte zum Einsetzen der Westmächte führen.

Die Zahl der geborgenen Leichen von dem Reichswehrunglück bei Belheim hat sich auf 67 erhöht, jedoch nunmehr noch 14 Mann vermisst werden.

Die jugoslawischen Behörden haben den deutschen Besetzern und den deutschen Lehrern in Gottschee, der besetzten deutschen Sprachinsel, in Untertraun aufgelöst.

Am Sonntag abend brannte im Unterengadin der linke Teil des Dorfes Sais vollständig nieder. 44 Wohnhäuser und 43 Ställe sind abgebrannt. Der Schaden wird auf 1,5 Millionen Franken geschätzt.

beantragen. Die Kammer wird sich dann Ende der Woche bis zum 25. Mai oder 1. Juni vertagen, um den Abgeordneten Gelegenheit zu geben, den Gemeindevätern am 1. und 3. Mai und der Eröffnung der Generalkände am 18. Mai beizuwohnen. Die Blätter bezweifeln nicht, daß der neuen Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird.

Die Regierungserklärung vom französischen Kabinettsrat angenommen.

Paris, 21. April. Der am Montag zusammengetretene Kabinettsrat beschäftigte sich ausschließlich mit der Regierungserklärung. Der endgültige Text wurde vom Ministerat einstimmig angenommen. Die Erklärung wird knapp 40 Zeilen umfassen und zum größten Teil von der Finanzlage handeln. An zweiter Stelle steht das Sicherheitsproblem. Eine Einstellung auf die Vatikanfrage wird dahin lauten, daß die von Herriot-deMonzie gefundene Lösung (Geschäftsträger mit erweiterten Vollmachten) beibehalten wird. Was die Heeresreform anlangt, wird Painlevé sich mit dem Hinweis begnügen, daß die Pläne des General Nolle einer Richtigstellung bedürfen. Der stellvertretende Kammerpräsident Bouisson wird nach erfolgter Verlesung sofortige Eröffnung der Aussprache beantragen.

Das außenpolitische Programm Briands.

Paris, 20. April. Das außenpolitische Programm der neuen Regierung ist in großen Umrißen bekannt. Es bedeutet die Fortsetzung der Herriotpolitik. Briand hält an dem vorbehaltlosen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund fest und erstrebt andererseits eine finanzielle Regelung mit Rußland. Er ist Anhänger des Garantievertragsprojekts, das auf 5 Mächte ausgedehnt werden soll. Weiter befristet er eine baldige Lösung des Kriegsschuldenproblems. In der Frage der Gesandtschaft beim Vatikan bestehe Grund zu der Annahme, daß Briand auch weiterhin Gegner der Aufhebung der Gesandtschaft sein werde.

Berthelot Generalsekretär für Auswärtiges.

Paris, 21. April. Philipp Berthelot, der vor einiger Zeit als Botschafter zur Disposition wieder in den aktiven Dienst des Auswärtigen Amtes eintrat, ist vom Außenminister heute endgültig an den Quai d'Orsay berufen worden und wird wahrscheinlich den früher bereits innegehabten Posten eines Generalsekretärs für Auswärtige Angelegenheiten wieder übernehmen.

Herriot über seinen Sturz.

Paris, 20. April. Herriot, der morgen wieder in Paris eintreffen wird, hat sich heute abend in Lyon eingehend über seinen Sturz und über die Aufgabe des neuen Kabinetts geäußert. Er erklärte:

Ich bedauere keine meiner Handlungsweisen. Ich bin zu Fall gekommen weil im meiner Idee treu bleiben wollte. Ich hätte mir im Senat eine Mehrheit verschaffen können, wenn ich zu den Ausschüssen meine Zuflucht genommen hätte, die jeder Ministerpräsident zur Hand hat, aber es gibt Methoden die mir zuwider sind. Als ich sah, daß Poincaré mich angreifen wollte, begriff ich, daß das Ende nahe war. Ich trage es ihm nicht nach, doch bin ich fester denn je zur Verteidigung der Vaterlands- und sozialen Einrichtungen entschlossen. Ohne Zweifel hängt der Sturz meines Kabinetts mit der Kapitalfrage zusammen, dahinter hatten sich aber alle Geldmächte gegen mich verschworen. Die Schlacht dauert jetzt fort zwischen Reaktionen, die die Republik in ihren Grundfesten bedrohen und den fortschrittlichen Parteien, die sie retten wollen. Das Kabinett Painlevé steht einer schwierigen Situation gegenüber. Obwohl die Frage der Vertretung beim Vatikan wie auch die Finanzfrage werden die Stellung des Kabinetts sehr erschweren. Wir sind bereit mit dem Kabinett solange zusammenzuarbeiten solange es unser Programm des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der finanziellen Sanierung und der demokratischen Reform fortzuführen gedenkt.

Zunehmende Beruhigung in Europa.

Chamberlains Glückwunsch an Briand. — Vorerst keine außenpolitischen Entscheidungen. — Herriots Rückkehr zur Kommunalpolitik. — Neuer amerikanischer Druck in der Schuldenfrage. — Die bulgarische Regierung behauptet sich. — Keine Abdankung des Königs Boris. — Der portugiesische Aufstand niedergeworfen. — Angeblicher Besuch des Erzkronprinzen bei Hindenburg.

Berlin, 20. April. Es überrascht nicht, wenn Briand in seinem Telegramm an Chamberlain, dessen Glückwunsch zu seiner Ernennung besonders herzliche Töne anschlägt, mit der ihm eigenen Neigung zur Phrase den britischen Kollegen als seinen besten Freund bezeichnet. Daß der bisherige Kurs weitergesteuert wird, ist anzunehmen, und gerade Briand war der ausgesprochenste Vertreter derjenigen politischen Auffassung, die eine enge Verbindung mit England erstrebt. Das war auch der Gegenstand zwischen ihm und Poincaré, der seine Politik auf eigene Faust und ohne Rücksicht auf die Entente machte, was dann schließlich zum Kampf zwischen den beiden Männern führte, zu dem Kampf, der seinerzeit mit dem Sturz Briands während der Konferenz von Cannes endigte. Im allgemeinen wird man sagen müssen, daß nicht ohne Absicht dieser Telegrammwechsel an den Beginn der außenpolitischen Tätigkeit des neuen Kabinetts gestellt wird. Man darf nicht annehmen, daß zunächst Ueberraschungen kommen werden. Im Gegenteil, es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß diese Woche keinerlei politische Handlungen des Auslandes in sogenannten deutschen Fragen bringen wird. Ehe Deutschland nicht durch die Präsidentenwahl hindurchgegangen sein wird, werden keinerlei Kundgebungen des Auslandes erfolgen. Das gilt auch besonders für die Note der Votschastekonferenz in den Fragen der Militärkontrolle.

Herriot wird am Mittwoch zum Präsidenten der Kammer an Stelle Painlevés gewählt werden, der an diesem Tage voraussichtlich die programmatische Erklärung des neuen Kabinetts vorlesen wird. Mit einer langen Amtsdauer Herriots wird allerdings nicht gerechnet. Er hat gestern bei einer Tagung der Ligue Radikalsozialisten, also im Kreise seiner engsten Parteifreunde, seine Bereitschaft ausgesprochen, bei den Gemeindevahlen im Mai zu kandidieren. Das kann nur dann einen Sinn haben, wenn Herriot mit dem Gedanken spielt, in kurzer Zeit wieder ein kommunales Amt, wie das des Bürgermeisters von Lyon, zu übernehmen. Der großen Politik ist er offenbar müde.

Die Franzosen haben als wichtigstes Problem die Finanzfrage zu regeln. Alles hängt davon ab, ob es Caillaux gelingt, auf neuen Grundlagen die Finanzen zu ordnen. Deshalb dürfte es ihm höchst unerwünscht sein, daß der Vertreter des amerikanischen Schatzamtes in seiner Unterredung mit Churchill in London das Schuldenproblem wieder in den Vordergrund rückte. Es macht den Eindruck, als ob Amerika von neuem, und zwar mit größerem Nachdruck, auf eine Erklärung Frankreichs drängt, wie es seine Schulden tilgen will.

Wie wieslen in den letzten Tagen darauf hin, daß die Ereignisse in Bulgarien ein sehr ernstes Gesicht zeigen und über die Landesgrenzen hinaus Interesse erweckten. Das Schlimmste scheint nun dort überstanden zu sein, da es dem Kabinett gelungen ist, sich zu behaupten und der Aufruhr, wenigstens soweit wir es von hier aus beurteilen können, nicht weiter um sich gegriffen hat. Man muß allerdings jeder Meldung, die vom Balkan kommt, zwei Fragezeichen anhängen, die man sie als wahr unterstellt. Trotzdem darf man die Vorgänge nicht etwa leicht nehmen. Das dürfte zu unliebsamen Ueberraschungen führen. Was hinter dem kommunistenputsch steht, wissen wir nicht; der Verdacht bleibt aber akut, daß russische Rubel in den Dynamitbomben enthalten waren. Die Meldung über Abdankungseingebungen des Königs Boris und des Kabinetts werden von der Pariser bulgarischen Gesandtschaft energisch dementiert. Andererseits erhält sich das Gerücht, das über Wien kommt, wonach König Boris seinen Vater Ferdinand zurückrufen wollte, damit aber am Widerspruch des Kabinetts gescheitert scheint. Die Lage bleibt immerhin ernst. Dagegen kann man ohne weiteres annehmen, daß der portugiesische Aufstand ohne Folgen bleibt. Er ist im wesentlichen niedergeschlagen.

Innere Politik gibt es vorläufig nicht. Die gestrige Rede Hindenburgs in Hannover und die gleichzeitige von Marx in Dresden sind die Höhepunkte der Wahlschlacht. Voraussichtlich werden beide Kandidaten noch durch den Rundfunk zu den deutschen Wählern sprechen. Dann ist auch dieses Spiel beendet. Dagegen möchten wir anders sagen: Wenn die Nachricht zutrifft, die aus Hannover einläuft, daß ein Besuch des Erzkronprinzen Wilhelm mit seiner Gattin bei Hindenburg unmittelbar bevorsteht, dann ist die kronprinzliche Umgebung nicht gut beraten. Hindenburg hat sich gestern zur Verfassung bekannt. Ein solcher Besuch würde nur Wasser auf die Mühle derjenigen treiben, die in diesem Schwur Hindenburgs, der von ihm aus ehrlich gemeint ist, nur die Fassade für andersgerichtete Bestrebungen geben.

Dr. Höfle †.

Berlin, 20. April. Heute nachmittag 4 Uhr starb im Hedwigskrankenhaus der ehemalige Reichspostminister Dr. Höfle, der gegen 11 Uhr bewußtlos eingeliefert worden war. Als Todesursache wurde festgestellt doppelseitige Lungenentzündung und sehr große Herzschwäche.

Reichspostminister a. D. Dr. Anton Höfle ist am 19. Okt. 1882 in Dierbach in der Pfalz geboren. Er studierte von 1903 bis 1907 an den Universitäten München und Erlangen Rechts- und Staatswissenschaften. Darauf war er kurze Zeit als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an der Handels- und Gewerbekammer München tätig. Von 1908 bis 1914 war er Referent für Mittelstands-, Angestellten- und Beamtenfragen an der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in München-Grabbach, 1914—1919 Direktor des Deutschen Technikerverbandes, sodann Direktor des Gesamtverbandes deutscher Beamten-gewerkschaften (Deutscher Gewerkschaftsbund). Dr. Höfle ist der Verfasser zahlreicher volkswirtschaftlicher Schriften. Seit 1920 gehörte er dem Reichstag an. Das Reichspostministerium ver-

waltete er in den Kabinetten Stresemann und Marx. Das Schicksal Dr. Höfles ist unsso bedauernswerter, als die jetzt abgeschlossene Voruntersuchung ergeben hatte, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zum allergrößten Teil nicht aufrecht zu erhalten waren. Auch der als Leumundszeuge geladene frühere Fraktionskollege Dr. Marx hatte dem Verstorbenen ein glänzendes Zeugnis ausgestellt. Dr. Höfle war wiederholt von den Gefängnisärzten und den Klinikern der Charite untersucht worden, wobei die Verzte zu der Ansicht kamen, daß eine Gefahr für das Leben des Untersuchungsgefangenen nicht bestehen würde. Am letzten Sonnabend war Dr. Höfle nochmals in der Charite eingehend untersucht worden und auf diesem Transport hatte er sich eine schwere Erkältung zugezogen, der man anfangs kein allzu großes Gewicht beilegte, die sich dann aber als folgenschwer herausstellte. In dem Prozeß gegen die Brüder Bar-mat wird Dr. Höfles Name, dessen ausführliche Bekundungen in der Voruntersuchung schriftlich niedergelegt sind, voraussichtlich keine allzugroße Rolle spielen, da der Hauptvorwurf, Dr. Höfle habe sich durch Bestechungen zur Herabgabe von Krediten verleiten lassen, durch die Voruntersuchung bereits widerlegt war. Seine Verteidiger rechneten in der Hauptverhandlung mit einem glatten Freispruch.

Politische Umschau.

Die deutsch-französischen Handelsver-tragsverhandlungen sind wieder aufgenommen worden. Die Unterkommissionen haben über die Me-berlassung und über Verkehrsfragen verhandelt. Die erste Vollsitzung wird am Donnerstag stattfinden.

Die Konferenz der belgischen liberalen Parla-mentarier hat sich dahin ausgesprochen, daß sie jede Beteiligung an der Regierung ablehnen. Die katholischen Gruppen des Parlaments lehnten daraufhin die Vorschläge Vanderveldes ab. Sie behielten sich aber wei-tere Entscheidungen anderen Kombinationen gegenüber vor.

Caillaux machte in einer Ministerberatung die Mitteil-ung, daß die Zusammenstellung der gegenwärtigen französischen Regierung in amerika-nischen Kreisen einen günstigen Eindruck gemacht habe und daß es jetzt nicht schwierig wäre, die Na-leiheroerhandlungen unter günstigen Bedingungen wieder aufzunehmen, vorausgesetzt, daß gleichzeitig die Schuldenregelungsfrage behandelt werde.

Nach neueren Meldungen soll zwischen Caillaux und den Sozialisten ein völliges Einvernehmen bestehen, nachdem Caillaux den Sozialisten die Zusage ge-geben hat, noch vor dem 16. Juni eine Vorlage über die all-gemeine Sanierung der Finanzen einzubringen. Die Ge-fährde von einer besonderen Notenausgabe zur Deckung der zurückgeforderten Schahscheine werden von Caillaux ent-schieden dementiert.

Briand erklärte Pressevertretern gegenüber, daß in der Frage der Kölner Räumung gegenwärtig weiter mit England verhandelt wird. Er würde im all-gemeinen den Standpunkt Herriots in dieser Frage einnehmen. Die außenpolitischen Fragen dürften in der Hauptsache nicht den Gegenstand von Meinungsverschieden-heiten innerhalb des Kabinetts bilden.

Der bulgarische Ministerpräsident erklärte, daß die letzten Bluttaten einen gemeinsamen Ursprung hätten und das Vorhaben ihrer Urheber ent-hüllten, jede Autorität im Lande zu untergraben. Die Atten-täter hätten ihr Ziel nicht erreicht, trotz der Niedermetzelung unschuldiger Opfer, und die Regierung werde sich nicht aus der Fassung bringen lassen.

Nach Pariser Meldungen aus Sofia hat die Sicherheits-polizei die Urheber des Attentates in der Kathedrale entdeckt, und zwar in der Person des Vorsitzenden des kommunistischen Zentralkomitees in Sofia, Jankoff, und dem stellvertretenden Vorsitzenden Minkoff.

Die revolutionären Unruhen in Lissabon sind niedergeschlagen. Die russischen Truppen haben sich den Regierungstruppen ergeben. Ungefähr 100 Personen sind bei den Straßenkämpfen verwundet worden.

Der Militärpräsekt von Paris, General Gouraud, hielt in Antwerpen eine ultranationa-listische Hechrede gegen Deutschland, das angeblich mit großer Energie zu einem Revanchekrieg rüftet. Die Rede ist in der Pariser Presse mit großen Lettern aufgenommen.

Aus aller Welt.

Berlin. Nachhaft an einem Chinesen. Schon seit ge-raumer Zeit hat sich in der Kleinen Markusstraße im Berliner Nordosten eine Anzahl chinesischer Händler angesiedelt. Da sie sich als ruhige und arbeitsame Leute erwiesen, die auch pünktlich ihre Miete bezahlen, waren sie bei den Wirtsleuten sehr beliebt. So fanden die zuerst angesiedelten Chinesen leicht Entgegenkommen, wenn sie sich um Wohngelegenheiten für Landsleute bemühten. Auf diese Weise hatte auch der Chinese Chu-Ku-Ziu in der Kleinen Markusstraße 4 ein Unterkommen gefunden. Um ihm Platz zu machen, hatte die Wirtin ihren bisherigen Untermieter, den Arbeiter Kersten und Bartels, einen Taubstummen, die in der Gegend als Kaufbolde be-kannt sind, gekündigt. Die beiden waren darüber erzüt und schwuren dem Chinesen Rache. Auch mehrere von dessen Lands-leuten waren aus ähnlichen Gründen von Ausgemieteten schon wiederholt bedroht worden, ohne daß es zu Tätslichkeiten ge-kommen war. Kersten und Bartels gewannen deshalb leicht Hilfe für ihren Racheplan. Als sie Chu-Ku-Ziu mit einigen Landsleuten die Kleine Markusstraße entlang gehen sahen, fielen sie plötzlich über die Chinesen her. Während die übrigen, auf die es weniger abgesehen war, entfliehen konnten, ver-mohte sich Chu-Ku-Ziu nicht zu retten. Seine Gegner ver-letzte ihn durch Schläge und Messerstücke so schwer, daß er in einer großen Blutlache hilflos liegen blieb. Als Beamte der Schutzpolizei ihn hier auffanden, waren die Kaufbolde mit ihrem Anhang bereits verschwunden. Die Kriminalbeamten ermittelten zunächst Kersten und nahmen ihn fest. Später wurde auch Bartels entdeckt und verhaftet.

Dinäh. Ein verunglückter Feuerkünstler. Der 23-jährige Kurt Jores wollte sich in einem Dinäh-Gasthause als Feuerkünstler produzieren. Er schüttete sich Benzin in den Mund und zündete es sodann an. Dabei erlitt der Mann so schwere

Verwundungen, daß ihn die Rettungsgesellschaft ins Spital schaffen mußte.

Saaz. Staatsgefährliche Denkmalfodel. Vor einigen Jahren wurden, wie in verschiedenen anderen Städten, auch in Saaz, Reutischlein und Jukel von tschechischen Soldaten die Standbilder Kaiser Josephs von den Sockeln gestürzt und zer-trümmert. Von den Marmorfodeln, die stehengeblieben waren, wurden die auf das Denkmal Bezug habenden Inschriften ent-fernt und es bestand die Absicht, auf den Sockeln Büsten von Dichtern oder anderen bedeutenden Männern aufzustellen. Nun-mehr aber haben die obersten tschechischen Behörden entschieden, daß diese Denkmalfodel restlos zu entfernen sind, da sie Ver-handelnde der Kaiser Joseph Denkmäler darstellen.

Böhm. Leiva. Furchtbare Bluttat eines abge-wiesenen Freiers. In der Gemeinde Hiltensnühl unter-liegt der 48 Jahre alte Glasfleißer Gustav Panel mit der 23-jährigen Gastwirtstochter Ella Papert seit drei Jahren ein Liebesverhältnis, dem sich der Vater des Mädchens entschieden widersetzt. Seit längerer Zeit durften sich die beiden nicht mehr miteinander sehen lassen. Inzwischen hatte Papert, der Besitzer eines großen Gasthauses und einer Fleischerie ist, den Müller Adolf Lorenz in Hermersdorf mit seiner Tochter ver-lobt. Am Ostermontag sollte die Hochzeit stattfinden. Panel schwor sich, dies zu verhindern und an der ganzen Papert'schen Familie entsetzliche Rache zu nehmen. Mit zwei Revolvern bewaffnet, erschien er in dem Gasthause, schob, ohne ein Wort zu reden, die Ella Papert tot und fenerie einen zweiten Schuß gegen deren Vater ab. Auch dieser brach, ins Herz getroffen, sofort tot zusammen. Dann lief der Mörder in das Neben-zimmer, schob der Mutter seiner Geliebten eine Kugel ins linke Auge, sodas auch diese Frau mit dem Tode ringt. Die beiden Söhne Paperts wurden gleichfalls von dem Väterich schwer verletzt. Der 20 Jahre alte Josef erhielt zwei Schüsse in den Nacken, sein 22-jähriger Bruder Anton einen Schuß in den Mund. Der Mörder wollte noch weitere Schüsse abfeuern; konnte aber von den beiden Brüdern trotz ihrer schweren Ver-letzungen zu Boden geworfen und dann von hinzukommenden Leuten gefesselt werden. Dabei wurde der Mörder einnabe ge-lündt, sodas er gleich seinen schwerverletzten Opfern ins Spital gebracht werden mußte. Er erklärte, die Absicht gehabt zu haben, sich selbst zu töten, sobald sein Rachewerk gelungen war. Er sei jedoch von den beiden jungen Paperts daran gehindert worden. Der Ella Papert habe er dieses Ende ihres Liebesverhältnisses vorausgesagt.

Troppan. Ein schuldbloser Junge von einem Fi-nanzwächter erschossen. In der Nähe des Dorfes Stro-howitz wurde der 16-jährige Ernst Schindler, der in einem Weideneckstrüpp Ruten abschnitt, von einem Finanzwächter an-gerufen. Der Junge, der offenbar dachte, daß das Abschneiden der Ruten verboten sei, ergriß die Flucht. Der tschechische Fi-nanzbeamte Kowech feuerte unverantwortlicher Weise dem flie-henden Jungen zwei Schüsse nach. Er traf ihn in den Rücken, sodas er sogleich tot zusammenbrach. Kowech rechtfertigt sein Vorgehen, über das die Bevölkerung aufs äußerste empört ist, damit, daß er den Schindler für einen Schmutzler gehalten habe.

Witna. Feuergefecht mit einer litauischen Räu-berbande. In Rumschischken ereignete sich ein schweres Feuergefecht zwischen Polizeibeamten und einer Räuberbande. In einer Verhaftung waren einem Beamten drei verdäch-tige Personen aufgefallen. Als er nach dem Ausweis fragte, schob der eine dieser drei Männer, ein gewisser Stulas, der der Führer der Räuberbande war, den Beamten nieder. Es entwickelte sich darauf in der Nähe der Ortschaft ein Kampf, wobei ein Räuber erschossen und ein anderer schwer verwundet wurde. Stulas ergab sich, nachdem er alle Patronen ver-schossen hatte. Während der Verfolgung der Räuber brach in der Ortschaft Feuer aus, das von anderen Mitgliedern der Bande angelegt war, um die Aufmerksamkeit der Verfolger abzulenken. Die Köppler Feuerwehr erschien, um das Feuer zu löschen. Auf der Heimfahrt stürzte eine Automobilspitze die steile Be-schneidung einer Straße hinab. Drei Feuerwehrleute wurden zer-quetscht, zwei weitere schwer und zwei andere leicht verletzt.

Konkord. Das Stimmrecht der englischen Frauen. Die Engländerin genießt ein viel beschränkteres Wahlrecht als die deutsche Frau: Erst mit dreißig Jahren und darüber darf sie ihr Wahlrecht ausüben, außerdem muß sie entweder selbst das lokale Wahlrecht besitzen oder mit einem Mann verheiratet sein, der es hat. Beide Beschränkungen erlösen eine gewisse Stabilität der Wählerinnen, einerseits im Betreff der geistigen Reife, andererseits eines gewissen Ansehens in ihrem Wohn-kreis. Allzu jugendliche und nicht sehrfähige Elemente sollen da-durch ausgeschlossen werden. Diese Bestimmungen haben aber auch Nachteile. Da das lokale Wahlrecht an gewisse Wohnungs- und Eigentumsverhältnisse geknüpft ist, so sind z. B. viele Lehrerinnen und sonstige Frauen mit verantwortlichen Posten des Wahlrechtes beraubt, solange sie in Hotels, Pensionen oder in Untermiete wohnen. Es soll eine neue Vorlage eingebracht werden, die das Frauenstimmrecht reakt.

Paris. Eine neue Prämie für die Vergrößerung der Fa-milie hat die französische Stadt Angers in diesem Jahr ausge-setzt. Es gibt in Angers 300 Ehepaare, die schon zwei Kinder haben, und um diese Familien zur Vergrößerung anzuregen, haben die Stadtväter beschlossen, jedem Ehepaar, das im Lauf der nächsten zwölf Monate ein drittes Kind bekommt, die Summe von 25000 Franken auszubezahlen.

Newport. Eine Schmutzlerjagd auf dem Meere. Der britische Schoner „Madeline Adams“ ist nach einer Jagd von 150 Meilen von einem amerikanischen Zollfahrzeug auf-gebracht worden. Seine aus Whisky bestehende Ladung wird auf 500 (0) Dollar geschätzt.

Newport. Abrasierte Augenbrauen — die neueste Herrenmode. Der neueste kategorische Imperativ der amerikanischen Herrenmode fordert das Abrasieren der Augenbrauen von jedem Herrn, der Wert darauf legt, sich auf der Höhe der Zeit zu zeigen. Haare auf der Männerfront gelten heute in Amerika als grober Verstoß gegen den guten Geschmack. Die Barbierer haben selbstverständlich die Sache zu der ihren gemacht und machen mit allen Mitteln für die neue Mode Propaganda. Dem durch die große Verbreitung der Sicher-heitsrasierapparate mit schwerer Gefahr bedrohten Gewerbe eröffnete der trüchtere Hummel ganz neue und ungemein günstige Zukunftsaussichten. Wenn schon der Bublikopf der Damen, die sich im Nacken nicht rasieren können, die kurzhaarigen Schönen dem Messer des Barbiers ausliefert, so verheißt vollends die neue Mode der rasierten Männerfront der Junft von Pinsel und Seife einen ungeahnten Aufschwung.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 21. April 1925.

Postbeamtenhaus.

Dank dem Entgegenkommen der Oberpostdirektion Stuttgart und der hiesigen Stadtverwaltung konnte die in Württemberg auf eine erprobte Tätigkeit zurückblickende Landesbaugenossenschaft württ. Verkehrsbeamter und Arbeiter e. G. m. b. H. Sitz Stuttgart, hier ein Dreireihenhaus für Postbeamte erstellen, das am 1. Mai seiner Bestimmung übergeben wird. Der schmucke Bau hat sich der vom hiesigen Siedlungsverein erstellten Siedlung am Kapellenberg sehr vorteilhaft angepaßt. Viele Genossen und auch viele außerhalb der Genossenschaft stehende Bauwütlinge haben reges Interesse für die musterartige Anlage des Gebäudes gezeigt. Unter den hiesigen Postbeamten hat der Bau solchen Anklang gefunden, daß bereits für zwei Beamte ein weiteres Doppelwohnhaus erstellt wird.

Mittelstandshilfe.

Zuverlässigen Nachrichten zufolge wird die neue Kredithilfe des Reiches nicht nur für das Handwerk, sondern auch für den selbständigen mittelständischen Gewerbetreibenden überhaupt bestimmt, also auch für den Kleinhandel. Es ist bereits eine gewerbliche Kreditgenossenschaft gegründet, in deren Vorstand ein Mitglied des Lebensmittelhandels sitzt. Die vom Hauptauschuß des Reichstags geforderten 30 Millionen sollen erst der Anfang sein; man beabsichtigt, dem Mittelstand zunächst einmal Greifbares zu zeigen. Jetzt schon bemühen sich auch Beamtenkonsumvereine und andere Genossenschaften, ebenfalls an diesem Kredit beteiligt zu werden. Der Zinsfuß steht noch nicht fest. Es muß aber mit aller Wahrscheinlichkeit damit gerechnet werden, daß er mindestens 13 Proz. betragen wird. Die Post, die allein als Geldgeber in Frage kommen dürfte, wird 8-9 Proz., die Zentralbanken etwa 1/2 Proz. und die Kreditgenossenschaften als Mitträger mindestens 2 Proz. verlangen. Auch hier ist der Mittelstand den Beweis schuldig geblieben, daß dieser Zinsfuß seine Leistungsfähigkeit übersteigt.

Rentenerhöhung und -Auszahlung.

Der Württ. Kriegerbund schreibt uns:

Die Renten der nach dem Reichsversorgungsgesetz versorgten Kriegsschädigten und Kriegserbinterblichen sind mit rückwirkender Kraft vom 1. 4. 1925 um 3 Proz. auf 18 Proz. erhöht worden. Bei der April-Zahlung ist nur die bisher geltende Erhöhung von 15 Proz. gezahlt worden, so daß mit der Maizahlung die Differenz von 3 Prozent also insgesamt 21 Proz. zur Auszahlung kommt. Unter der Voraussetzung, daß die von Seiten der Regierung und gesetzgebenden Körperschaften in Aussicht genommene anderweitige Festsetzung der Renten noch nicht am 1. 4. d. J. in Kraft tritt, würden an diesem Tage die Versorgungsgebühren mit einer Rentenerhöhung von 18 Proz. gezahlt werden. Bei der Zahlung der Zusatzrenten Mitte April konnte die Rentenerhöhung von den Fürsorgestellen nicht mehr berücksichtigt werden. Infolgedessen tritt die Erhöhung um 3 Proz. und die für April in Betracht kommende Nachzahlung erst bei der Zahlung Mitte Mai in Erscheinung. Reichsdeutsche Renteneempfänger im Ausland, die ihre Versorgungsgebühren in fremder Währung beziehen, haben ebenfalls Anspruch auf diese Erhöhung.

Neue wichtige Bestimmungen für die Einkommen- und Körperschaftsteuer-Vorauszahlungen.

Vom Verband Württ. Industrieller wird uns mitgeteilt: Für die am 10. April mit Schonfrist bis zum 17. ds. Mts. fälligen Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer ist ein dieser Tage bekanntgewordener Erlaß des Reichsfinanzministers vom 3. April von außerordentlicher Bedeutung. Bekanntlich sind nach der 2. Steuerreformordnung zwei Prozent der Betriebseinnahmen abzüglich der Löhne und Gehälter als Vorauszahlungen zu entrichten. In Abweichung davon wurde einzelnen Gruppen von Steuerpflichtigen freigestellt, die Zahlungen nach einem anderen Maßstab zu leisten, jedoch mußten sie sich spätestens bis zum 17. April 1924 für die eine oder andere Berechnungsart entschieden haben. Wahlweise war statt des Satzes von 2 Prozent der ungeklärten Betriebseinnahmen zugelassen worden, daß 1. Körperschaftsteuerpflichtige Erwerbseinkommen monatlich 1 v. T. ihres Vermögens entrichten; 2. industrielle, nicht in Körperschaftsform geführte Betriebe statt des Einzelabzuges der Löhne und Gehälter einen festen Prozentsatz von 25 Prozent der Betriebseinnahmen ab-

ziehen und vom Rest zwei Prozent (tatsächlich also 1,5 Prozent der ungeklärten Betriebseinnahmen) als Vorauszahlungen entrichten; 3. für einzelne Erwerbszweige waren bestimmt unter dem Normalmaß liegende Hunderttel der ungeklärten Betriebseinnahmen festgelegt worden; schließlich durften 4. bestimmte Angehörige der freien Berufe und diesen gleichgestellte Steuerpflichtige von den Einkünften besondere Anfechtungssätze abziehen. Das einmal ausgeübte Wahlrecht sollte für die Zukunft bindend bleiben. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich jedoch seit Ausübung des Wahlrechts bei einzelnen Steuerpflichtigen wesentlich geändert. Der Reichsfinanzminister hat deshalb in seinem neuen Erlaß bestimmt, daß in den genannten Fällen von den Steuerpflichtigen das Wahlrecht bis zum 17. April 1925 erneut ausgeübt werden kann. Auf Antrag wird Rückwirkung für die am 10. Februar und am 10. März fällig gewordenen Vorauszahlungen gewährt. Ueberzahlte Beträge werden angerechnet. Die Steuerpflichtigen müssen danach prüfen, welche Berechnungsweise für sie günstiger ist, und ihre Entscheidung spätestens bis zum 17. ds. Mts. mit der bis dahin abzugebenden Voranmeldung dem Finanzamt mitteilen. Die Wahl ist für alle folgenden Vorauszahlungen für 1925 bindend. Hinsichtlich der Berechnung ist zu beachten, daß die durch die 2. Steuerreformordnung angeordnete Ermäßigung der Vorauszahlungen um ein Viertel unbeschränkt weiter gilt. Die nach den in Betracht kommenden Steuerjahren sich ergebenden Vorauszahlungsbeträge sind also um ein Viertel zu kürzen. Der Erlaß enthält ferner für einzelne Erwerbszweige und freie Berufe Sonderbestimmungen, über die die Finanzämter Auskunft erteilen.

Schulpolitische Fragen im Landtag.

Die Abg. Pollich, Dr. Schermann und die übrigen Mitglieder der Zentrumsfraktion haben im Landtag folgende kleine Anfragen eingebracht. „Eine Anzahl kleinerer Schulgemeinden hat sich unter großen Opfern bereit finden lassen, die abgebauten Lehrstellen an ihren Einlassenschulen aus Gemeindegeldern aufrecht zu erhalten. Nun stellt sich heraus, daß diese Gemeinden auf die Dauer nicht in der Lage sind, hierfür von sich aus die immerhin beträchtlichen Mittel aufzubringen. Ist das Staatsministerium bereit, diesen Gemeinden im laufenden Rechnungsjahr durch hinreichende Staatszuschüsse die Möglichkeit zu geben, ihren Kindern weiterhin die Wohltat einer Ortschule zu erhalten, bereit zu stellen, um die Wiedererrichtung der abgebauten Stellen und ihre vorläufige Besetzung mit außerplanmäßigen Lehrern zu ermöglichen. — Zahlreiche Gemeinden sind nicht in der Lage, die erhöhten Leistungen an den Lehrgehaltältern, die ihnen nach dem Schulleistungsgegesetz neuerdings auferlegt sind, aus ihren Einnahmen zu decken. Diese Schwierigkeiten lösen zwangsweise höchst unliebsame Störungen im Verhältnis zwischen Gemeinde, Schule und Lehrpersonen aus. Aus den Mitteln des Ausgleichslochs, auf den bis jetzt diese Gemeinden zu verweisen waren, ist eine wirksame Hilfe nicht zu leisten. Ist das Staatsministerium bereit, aus der eigenen Erkenntnis dieser Unzulänglichkeiten heraus, noch im Rechnungsjahre 1925, wie früher üblich, ausgiebige Staatszuschüsse zu den persönlichen Schullöhnen der Gemeinden zu reichen?“

Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Die nördliche Depression beeinflusst immer noch maßgebend die Wetterlage. Für Mittwoch und Donnerstag ist auch weiterhin unbeständiges, zeitweilig zu Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

(SGB.) Bietfeld, D.A. Neuenbürg, 20. April. Letzten Donnerstag lockte hier ein Würdige von 18-19 Jahren, der beim Ausschlagen eines Karussells beschäftigt war, ein jähriges Mädchen in seinen Schlafraum im Wagen und oerachte, ein Sittlichkeitsverbrechen an dem Kinde zu begehen. Er wurde aber noch rechtzeitig durch Schreien des Mädchens an seinem Vorhaben gestört. Der Bursche wurde zur Anzeige gebracht.

(SGB.) Stuttgart, 18. April. In einem Aufsatz über die rechtliche Bedeutung und die Besteuerung der Wasserkraft in Württemberg in der „Württembergischen Industrie“ kommt Regierungsbauinspektor Deutelmayer, Geschäftsführer des Württ.-Hohenz. Wasserwirtschaftsverbandes, zu folgendem Ergebnis: Die Wasserkraft als solche kann zur Vermögenssteuer 1924 nicht herangezogen werden. Bei der Bewertung der Wassernutzungsrechte und Wasserkraftanlagen ist von dem Anschaffungs- oder Herstellungspreis Ende 1913 auszugehen und der unter Berücksichtigung einer angemessenen Abschreibung erhaltene Wert in die Vermögenssteuer 1924 aufzunehmen.

(SGB.) Gmünd, 20. April. Auf der Rückfahrt von Göppingen nach Alen verirrte sich ein Kraftwagenbesitzer aus Alen

infolge falscher Wegangabe in die Klarenbergstraße. Bei dem Versuch zu wenden, kam der rückwärtsfahrende Wagen bei den Gutenberghäusern dem Ufer des Joesbach zu nahe und stürzte jählings die dort etwa 8 Meter hohe steile Böschung hinab — wunderbarerweise ohne irgend einen Schaden zu nehmen. Der Lenker lebte ebenfalls völlig unverletzt und fuhr, um den Wagen mit Hilfe zweier Pferde wieder auf die Höhe der Straße zu bringen, eine Strecke im Fußhieb bis zu einer geeigneten Stelle. Beim ersten Bergungsversuch riß die Kette, so daß der Wagen nochmals in die Tiefe stürzte; der zweite Versuch gelang dann glücklich.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefkurie.

1 holländischer Gulden	677,6 Ma.
1 französischer Franken	221,0 Ma.
1 Schweizer Franken	813,0 Ma.

Börsenbericht.

(SGB.) Stuttgart, 20. April. An der Börse hat sich heute gegenüber der Vorwoche nichts geändert. Das Geschäft war sehr ruhig und die Kursabdrückungen fehlten sich fort.

Landesproduktionsbörsen.

(SGB.) Stuttgart, 20. April. Die Lage auf dem Getreidemarkt ist immer noch unsicher und nervös. Die großen täglichen Schwankungen Amerikas schließen augenblicklich jede Berechnung aus. Aus diesen Gründen sind auch die Umkäufe nicht von großer Bedeutung. Es notierten je 100 Kg.: Weizen 20 bis 23,30 (am 16. April 20,5-24); Sommergerste 23-27 (23,5 bis 27,7); Roggen 20-22,50 (20-23); Hafer 14,5-20 (unv.); Weizenmehl 33-40 (39,5-40,5); Brotmehl 33-34 (33,5-34,5); Kleie 12,5-13 (unv.); Weizenheu 6-7 (unv.); Kleeheu 7-8 (unv.); drahtgepreßtes Stroh 4,5-5 (unv.) Mark.

Die staatlichen Rindviehschauen im Jahre 1925.

Die staatlichen Bezirksrindviehschauen werden im Jahre 1925 in folgenden Städten abgehalten werden: 1. Im ober-schwäbischen Fleckviehzuchtverband: in Vöhrach, Blaubeuren, Pöppingen, Geislingen, Rietheim, Riedlingen; 2. im Fleckviehzuchtverband des Schwarzwaldfreies: in Calw, Nagold, Oberndorf, Rottenburg, Rottweil, Tübingen; 3. im Fränkisch-Hohenloheschen Fleckviehzuchtverband: in Alen, Badnang, Ellwangen, Gaildorf, Künzelsau, Mergentheim, Dechingen; 4. im Fleckviehzuchtverband des württ. Unterlandes: in Besigheim, Ehlingen, Ludwigsburg, Maulbronn, Stuttgart-Amt, Urach, Waiblingen, Weßheim; 5. im württ. Braunviehzuchtverband: in Vöhrach, Leutkirch, Wangen; 6. im Zuchtverband für das Limburger Vieh: in Alen. Das Rähre über die Zeit der Wdhaltung dieser Schauen und über die Zulassungsbestimmungen wird demnächst im württ. Wochenblatt für die Landwirtschaft veröffentlicht.

Produktenbörsen- und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern e. V.

Berliner Produktenbörsen v. 20. April 1925.

Weizen märk. 24-26; Roggen märk. 22-23; Sommergerste 21-23; Futtergerste 18-20; Hafer märk. 18-20; Weizenmehl 32-34; Roggenmehl 29-32; Weizenkleie 14,25-14,35; Roggenkleie 25-30; Viktoriaerbsen 22-28; Al. Speiseerbsen 20-22; Futtererbsen 19-20; Pelusinen 19 bis 21; Ackerbohnen 19-20; Wicken 19-21; Lupinen blau 10,5-12; gelbe 12,5-14,5; Seradella 14,75-16; Rapsluhen 15,5-18; Leintuchen 22,20-22,50; Trockenschnitzel 13,30 bis 10,40; Vollw. Zuckerschnitzel 17,75-18,5; Torfmehlfasse 9,30; Kartoffelflocken 19,30-19,70.

Amerikanische Produktenbörsen v. 18. April 1925.

Die Preise verstehen sich per 1 Tonne in Goldmark: New York: Weizen Roter Winter/Sommer loco 185,5; harter do. 162,5; Mais loco 121,25; Mehl Spring Wheat clears 775 bis 800; C h i c a g o: Weizen per Mai 147,5; per Juli 138,5; per Sept. 131; Roggen per Mai 108; per Juli 105,75; per Sept. 98,5; Mais per Mai 106,25; per Juli 110,85; per Sept. 110,5; Hafer per Mai 41; per Juli 42,5; per Sept. 42,75.

Die drei schönen Bernhausens.

Roman von F. r. L e h n e.

35. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Der Bursche mußte Wasser bringen, und zu Karl-ernst stiller Verzweiflung machte sie sich umständlich daran, die Blumen einzuwürfen.

„Ich mußte selbst kommen, wenn ich Sie noch einmal sehen wollte, denn Sie hätten uns morgen wahrscheinlich doch keinen Abschiedsbesuch gemacht.“

„Es wäre mir in der Tat unmöglich gewesen — in diesem Falle.“

„Ach ja, wenn man ins Gefängnis muß!“ Sie legte den Kopf auf die Seite und sah ihn schelmisch und lachend an.

Er runzelte die Brauen. Hatte sie denn gar kein Lattgefühl?

„Ich bitte, Miß Stort — das sagt man auch nicht im Scherz!“ wehrte er schroff ab.

„Hab' ich Sie gekränkt?“ Das wollte ich nicht. Mir tat es nur so leid, daß ich Sie ein halbes Jahr nicht sehen soll.“

Wie bei einem verwöhnten Kinde zuckte es in ihrem Gesicht. Und siehe da — zwei große Tropfen glänzten in ihren Augen, lösten sich von den blonden Wimpern.

„Miß Viviane, so hab' ich das doch nicht gemeint! Ich bin Ihnen ja so dankbar für Ihre Freundschaft — und doch — erlauben Sie mir, etwas zu sagen: Ich nehme Ihre Freundschaft auf, wie Sie sie gemeint haben, aber es gibt Leute, die nicht so denken würden, und deshalb bitte ich Sie: gehen Sie!“

Er mußte dem unüberlegten Mädchen das sagen, wenn sie nicht von selbst fühlte, was sie ihren Eltern schuldig war und sich selbst.

Sie wurde glühend rot. Trotzig warf sie den Kopf zurück. „Sie weisen mir die Tür? — Oh, das ist — das ist —“

„Beglückend“ sagte er nach ihrer Hand. „Nein, gnä-

diges Fräulein, fassen Sie meine Worte doch nicht so auf! In Ihrem Interesse allein — es ist nicht Sitte bei uns in Deutschland, ein solcher Besuch — Sie sind kompromittiert, wenn —“

In ihren Augen blühte es auf. Seine Worte hatten durchaus nicht die beabsichtigte Wirkung. Ein Gedanke erwachte in ihr. War hier vielleicht ein Weg, den begehrten Mann zu erringen? Ein Offizier, ein Edelmann läßt es nicht zu, daß eine Dame durch ihn kompromittiert wird. Wenn jetzt Besuch zu ihm käme und man sie bei ihm antreffen würde, ließe das nur eine Deutung zu! Jetzt wünschte sie, daß das der Fall sein möchte! Sie wollte seine Braut werden! Keiner gefiel ihr wie er!

Sie schlug die Augen nieder und spielte mit ihrem Muff. Er konnte ihren Gesichtsausdruck nicht sehen. Hatte er vielleicht doch zu viel gesagt und sie für ihren guten Willen tödlich beleidigt?

Er bengtete sich zu ihr nieder, um in ihren Mienen zu forschen. „Sind Sie mir böse, Miß Viviane?“ fragte er weich.

Sie zuckte die Achseln. Ihr Mund bebte in Trost und Aerger. „Ich bin traurig, daß Sie auch so pedantisch sind wie die anderen! Immer höre ich: das tut man hier nicht — das sagt man hier nicht! Ich aber tue, was ich will, und ich sage, was ich will, sage, wen ich nicht mag, und sage, wem ich gut bin! — Ist das ein Unrecht? Warum soll man lügen?“

„Miß Viviane, man braucht deshalb nicht zu lügen, man braucht nur ein wenig diplomatisch zu sein“ sagte er belustigt.

„Dann wäre es diplomatischer gewesen, ich hätte Ihnen die paar Blumen durch den Gärtner geschickt, als daß ich sie, dem Drange meines Herzens folgend, Ihnen selbst gebracht habe, um Ihnen „gute Reise“ zu wünschen?“ Sie schüttelte den Kopf. „Das verstehe ich nicht! Nun ist mir die ganze Freude verdorben! Geben Sie mir meine Blumen wieder, und ich werde gehen!“

Sie schlug die Hände vor das Gesicht und schluchzte. „Sie sind ein rechtes Kind, Miß Viviane! So war es doch nicht gemeint! Ich werde Ihre Freundschaft gewiß nicht vergeßeln! Weinen Sie doch nicht mehr — ich kann es nicht sehen!“

Sie hob das tränenerfüllte Antlitz zu ihm empor. „Verzeihen Sie mir, daß Sie mich — mißverstanden haben?“

„Ich habe Sie keinen Augenblick mißverstanden, gnädiges Fräulein, und ich danke Ihnen für die Sympathie, die Sie mir entgegenbringen, aber —“

„Sympathie? — Ach Herr v. Vibra,“ fiel sie ihm in die Rede. „Das ist ja viel zu wenig, das Wort — viel mehr als Sympathie fühle ich für Sie! — Oh, das ist wohl wieder nicht diplomatisch, daß ich das sage. Aber es ist doch so!“ Sie trat dicht neben ihn. „Ja, ich denke immer an Sie —“

Den jungen Offizier überließ es siedendheiß. Das Mädchen war ja im Begriff, ihm die schönste Liebeserklärung zu machen.

Und da — da legte sie ihm die gefalteten Hände auf seine Schultern und sah zu ihm auf. „Ich denke nur an Sie, Herr v. Vibra,“ wiederholte sie.

Draußen klingelte es. Er eilte nach der Tür. Doch der Bursche hatte schon geöffnet — er hörte Stimmen.

Blutübergossen, mit allen Zeichen der Verlegenheit, stand Karlernst da, in dessen Viviane Stort ohne Scheu und Verwirrung die eintretenden Offiziere anlächelte, jedem kräftig die Hand schüttelnd. „Guten Tag, Herr v. Thiele, Herr v. Wegbauer, Graf Schulenburg!“

Die drei waren so verblüfft, daß sie nicht gleich etwas zu sagen wußten.

„Die Herren wundern sich wohl, mich hier zu sehen? Nun, ich habe Herrn v. Vibra einige Blumen zum Abschied gebracht. Er fand es zwar nicht — diplomatisch, aber ich habe mir wirklich nichts dabei gedacht!“ bemerkte Viviane. „Doch nun will ich gehen, um die Herren nicht aufzuhalten.“ (Fortf. folgt.)

Weilberstädter Marktbericht.

Dem Vieh- und Schweinemarkt waren zugeführt:
10 Ochsen, Preis 650-900; 30 Stiere, Preis 220-600; 71
Rühe, Preis 250-750; 95 Kalbinnen 450-750; 84 Rinder,
140-400; 5 Kälber 74-79; 25 Läufer Schweine, 70-140 Mark
per Stück; Milchschweine 35-70 Mark pro Paar. Einfließend
und Rüche in Milch begehrt; im Uebrigen infolge Geldknappheit
Sandel flau. Schweine anfangs flau, gegen Ende lebhaft.

Saatmarkt.

Futtermais 16 Mark, Sparfette 28, Widen 17, Luzerne 130
bis 150, Grasmischung 50, Hauf 35, Runkel 40-45, Roiflee 110
bis 220 Mark per Zentner. Handel lebhaft, Preise nachgiebig,
besonders bei Rize.

Schweinepreise.

Kalen: 1 Paar Milchschweine 46-60 Mark. Hall:
1 Milchschwein 25-35, ein Läufer 45-60 Mark. - Güglin-
gen: Milchschweine 25-30, Läufer 40-65 Mark. Ravens-
burg: Ferkel 20-30, Läufer 35-50 Mark. Saulgau: Fer-
kel 27-31, Läufer 32-40 Mark pro Stück. Kirchheim u. T.:
Milchschweine 26-34, Läufer 75-105 Mark.

Fruchtpreise.

Neutlingen: Weizen 10-15, Gerste 10-16, Haber 9
bis 12, Unterl. Dinkel 8.50-10 Mark. - Ravensburg:
Weizen 11-13, Dinkel 9.10-10.10, Roggen 12-13.25, Brau-
gerste 12.50-14.75, Saatgerste 14-14.50, Haber 8.90-11.50,
Saathaber 12-13.50, Roiflee 150, Weiflee 200, Infarnatlee
80, Gelflee 80 Mark. - Ulm: Weizen 11-13, Kernen 12.60
bis 13.30, Gerste 10.85-13, Haber alt 12.40-13, neu 9.40-12,
Erbsen 10-11.50, Widen 7-9.50, Saat 5-6, Kartoffeln
4-5 Mark.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Wägen- und
Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Ver-
kehrskosten in Zulage kommen. D. Schmidl.

**Zur Kommunalisierung
in den Gemeindeordnungen.**

Man schreibt uns:

Im März 1921 hat der Reichstag, um dem Kommunal-
isierungsunfug entschieden entgegenzutreten, mit großer Mehrheit
eine Entschließung Schiffer und Genossen angenommen, die folgen-
den Wortlaut hat:

„Die Reichsregierung zu ersuchen, schleunige Maßnahmen
zu treffen, daß alle den gewerblichen oder kaufmännischen Mittel-
stand betreffenden Kommunalisierungen gemäß Artikel 104 der
Reichsverfassung unterbleiben.“

Da dieser Beschluß durch einen neuen oder abgeänderten
Beschluß nicht hinlänglich geworden ist, so hat er auch heute noch
Gültigkeit. Man sollte nun annehmen, daß der Wille des Reichs-
tages, als der Vertretung des gesamten deutschen Volkes, auch
für die Länder maßgebend wäre, zumal in einem parlamentarisch
regierten Staat. Dem ist aber nicht so. Die preussische Regierung
kehrt sich an oben ausgeführten Beschluß in keiner Weise. Bei
der Beratung des 22. Ausschusses des preussischen Landtags über
den Entwurf einer preussischen Städteordnung wurde folgender
Paragraph der Regierungsvorlage angenommen:

§ 69: „Die Städte sind berechtigt, Anstalten, Einrich-
tungen und Betriebe gemeinnütziger und gewerbsmäßiger Art zu
betreiben.“

Während also der Reichstag in der erwähnten, noch nicht
aufgehobenen Entschließung die Reichsregierung mit großer Mehr-
heit zu schleunigen Maßnahmen gegen den Kommunalisierungs-
unfug auffordert, versucht die preussische Landesregierung, indem
sie einfach die Forderung des Reichstages unbeachtet läßt, eine
Verankerung des Rechtes der Städte auf Kommunalisierung.

Werden solche Gesetze in den einzelnen Ländern gemacht,
so dürfen wir bald in den verschiedensten Städten die gewag-
testen Experimente in bezug auf Kommunalisierung erleben. An

Gemeindevertretungen und an Gemeindevorständen, die derartige
Angelegenheiten ergreifen werden. fehlt es ja in unserer Zeit
nicht, wo es nicht in erster Linie auf wirtschaftliche u. verwaltungs-
technische Fähigkeiten, sondern auf Parteizugehörigkeit ankommt.
Welche ungeheure Gefahr darin liegt, daß den Gemeinden aller
Art das Kommunalisierungsrecht gegeben wird, das haben wir
in den letzten Jahren genügend erlebt. Wer das klägliche Miß-
lingen dieser Versuche verfolgt hat, der kann den Worten nur zu-
stimmen, die Hermann Schöler in seinem Kommentar zum Sör-
liger Programm der sozialdemokratischen Partei über die Kom-
munalisierungsbestrebungen dieser gebraucht: „Eine solche Freiheit
der Gemeinden, sich selbst und ihre Bürger zu ruinieren, ist
unvereinbar mit dem Aufsichtsrecht des Staates und mit dem
Staatszweck überhaupt. Es stehen hier viel zu wertvolle In-
teressen auf dem Spiele, um sie einer in total abwegiger Ex-
perimentierlust verbundenen zufällig zusammen gewürfelten so-
zialistischen und kommunistischen Gemeindevertretungsmehrheit
vogelfrei preiszugeben.“

Derartige vernünftige wirtschaftliche Erwägungen werden
aber unbeachtet gelassen, wenn es sich um die Parteidoctrin han-
delt. Das sozialistische Dogma fordert auf dem Wege zur vol-
len Sozialisierung die Kommunalisierung; eine Sozialisierung ist
nur möglich, wenn der Hauptverdienst, der sich dagegenstemmt, der
selbständige Mittelstand, vernichtet wird; darum Forderung der
Kommunalisierung.

Ob wir in Württemberg in der zu erwartenden neuen Ge-
meindeordnung, deren Vorlage in dem Landtag nun seit mehr
als einem Jahr versprochen worden ist, die Bestimmungen
bekommen werden, bleibt abzuwarten. Zweifellos gäbe es eine
beträchtliche Anzahl von Stimmen dafür. Die württembergische
Regierung, die im Ministerium des Innern mit der Ausarbei-
tung einer Gemeinde- und Bezirksordnung beschäftigt ist, scheint
zuwarten zu wollen, bis die anderen Länder mit ihren neuen
Gemeindeordnungen fertig sind, um dann von diesen das ihr
Angenehme herauszunehmen.

Calw, den 20. April 1925.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe
und Teilnahme, die wir während der Krank-
heit u. beim Hinscheiden unserer lieben Gattin
und Mutter

Luisa Schmelzle 
geb. Belz

in so reichem Maße erfahren durften, sagen
wir auf diesem Wege herzlichen Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Der Gatte: **Moriz Schmelzle.**

Die Wahl

=Anzeigen für die Reichspräsidentenwahl,	○
besonders größere, wolle man tags zuvor	○
nachm. bei unserer Geschäftsstelle aufgeben.	○

Ich empfehle meine bekannt guten Qualitäten in
Caffee roh und gebrannt,
Caffeemischungen
Tee und Cacao
offen und in Packungen
Caffee-Zusatz
Eugen Dreiß am Markt.

Tüchtige Strickerinnen
sowie
junge Mädchen zum Anlernen
im Alter von 16-18 Jahren stellen bei
höchster Bezahlung ein
Richard Wegel & Co., Hirsau.

Bestellen Sie das „Galwer Tagblatt“.

Das **Alleinverkaufsrecht** unseres
währten Spezial-Wasch- und Bleichmittels
„**CS**“
für das Oberamt Calw ist sofort zu vergeben.
Rebegewandte seriöse Leute sichern sich
durch die Uebernahme eine vorzügliche, reelle
und dauernde Verdienstmöglichkeit.
Sofortige Offerten erbittet
Chemische Industrie-Akt.-Ges.
Biberach-Riß (Wtbg.)

Loden- Soppen
Anzüge
Mäntel
die praktische u. billigte Kleidung
in großer Auswahl



Fried. Wegel, Calw/Badstr.
Spezialität: Herren- u. Knabenbekleidung.

**Möblierte
Zimmer
sucht**
Neue
Handelschule.

Jüngeren Garten-
arbeiter oder
-Arbeiterin
sucht für sofort

Rundholz
III.-VI. Klasse
ca. 300 Festmeter
gegen sofortige Kasse im
Auftrag
zu kaufen gesucht.
Karl Luz, Bad Teinach.

Zwei zirka 9 Stk. schwer
**Zucht-
Farren**


Rot- und Weißschek, 15 u.
16 Monate alt, legt dem
Verkauf aus
Friedrich Süßer,
beim Rathaus,
Dechenpfronn.

Bei dem am Sams-
tag Abend auf mich ver-
übten Ueberfall bewährte
sich die Güte meiner

Spazierstöcke
glänzend. Kein Splintern,
kein Abbrechen! Meine
Stöcke sind tadellos im
Rohr, vollendet in Form
und Ausstattung, in je-
der Hinsicht zweckent-
sprechend.

Zur Abwehr heim-
tückischer Angriffe emp-
fehle ich meine

Gummiknüttel.
Besten Schutz
gegen Gesindel!

**Reichert
an der Brück'.**

Gesucht einen
**Kaufmanns-
Lehrling**

mit guter Schulbildung aus
besserer Familie.
**Mineralbrunnen
Teinach.**

Suche

für sofort einen ordentlichen
ehelichen
jung. Mann
im Alter von 17-20 Jahren,
welcher sich zum Paden und
sonstigen Arbeiten eignet.
Julius Zimmermann,
Weilberstadt.

Baumwachs,
(kaltflüssig)
Baumharz,
Obstbaum-
karbolinum,
Edelkraffabast,
Baumbänder
empfehle
R. Hauber.

Wasserglas
empfehle
Carl Serva.

Zuverlässiges
**Mädchen
oder Frau**

für sofort oder 1. Mai für
%, oder ganzen Tag nach
Uebereinkunft für einen klein.
Haus-
halt
gesucht.
Könnte auf Wunsch zu Hause
schlafen. Angebote mit. H. 101
an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Mädchen
für Küche und Haushalt
auf 1. oder 15. Mai
sucht
**Soh. Pfommer, Bäckerei
und Wirtschaft zur Burg,
Liebenzell.**

Für am 1. Mai zu eröff-
nende Bahnhofsbuchhandlg.
wird eine gewandte u. zuver-
lässige Person als
Vertäufer (in)
gesucht.
Angebote unter W. B. 91
an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Sofort oder auf 1. Mai
zwei eheliche
Mädchen
im Alter von 18-25 Jahren
für Haushalt u. Wirtschaft
gesucht.
Ankunft gibt
Theurer, Schulgasse 10.

Briefumschläge
Preislisten
erhalten Sie rasch in der
**H. Dellschläger'schen
Buchdruckerei Calw**